

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

6. Juni 1946

Blatt 744

Kein Parteienverkehr in den Fürsorgeämtern 6 und 7 =====

Am Freitag, den 7.6.1946 erfolgt die Trennung bzw. Übersiedlung des Fürsorgeamtes für den 6. Bezirk von 7. Hermannsgasse 24 nach 6. Ammerlinggasse 6. Aus diesem Anlasse findet Freitag den 7.6.1946 und Samstag, den 8.6.1946 kein Parteienverkehr statt. Der Parteienverkehr des genannten Amtes wird am Dienstag, den 11.6.1946 in den neuen Amtsräumen des Fürsorgeamtes für den 6. Bezirk, Ammerlingstrasse 6 - Parterre links - in der Zeit von 8 -12 Uhr vormittags wieder aufgenommen.

Nacheichung aller Masse und Gewichte =====

Das Marktamt der Stadt Wien gibt bekannt:

Die Ereignisse der letzten Jahre machten es unmöglich, die für die Verwendung von Meßgeräten, d.s. Waagen, Gewichte, Zimente, Fässer, Längenmaße, etc. vorgeschriebenen Nacheichungsfristen einzuhalten. Da sich die Beschwerden aus dem Publikum über Gewichtsverkürzungen häufen, werden die Geschäftsinhaber aufmerksam gemacht, daß alle im öffentlichen Verkehre zur Bestimmung des Umfanges von Leistungen verwendeten oder auch nur bereitgehaltenen Meßgeräte der Eichung und der Nacheichung unterliegen.

Sofort nachzueichen sind alle Waagen, Gewichte, Milchgefäße mit Meßstab, Petroleummeßapparate, Flüssigkeitsmaße (mit Ausnahme von solchen, die ganz aus Glas sind), Milchkannen und alle Längenmaße mit dem Eichstempel vom Jahre 1944 oder früher, desgleichen Weinfässer mit dem Eichstempel von 1943 oder früher.

Diese Meßgeräte sind zur Vornahme der eichamtlichen Überprüfung in Wien ehestens dem Eichamt, 9., Nußdorferstraße 90, zu übergeben. Feststehende oder schwer transportierbare Eichobjekte

(Prüfwaagen, Petroleummeßapparate usw.) können am Verwendungsplatz nach Anmeldung beim Eichamt nachgeeicht werden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Meßgeräte, die eine Beschädigung aufweisen, auch trotz eines noch gültigen Eichstempels, neuerlich nachgeeicht werden müssen.

"Institut für Wissenschaft und Kunst"
=====

Otto W. König setzt Freitag, den 7. Juni 1946 um 18³⁰ Uhr die Arbeitsgemeinschaft "Vergleichende Tierpsychologie" in Wien IX., Sensengasse 5 fort.

Zum 2. Todestage Johann Mithlingers
=====

Am 7. Juni 1946 jährt sich zum 2. Male der Tag, an welchem Johann Mithlinger, einer der tapfersten Vorkämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft und die Freiheit Österreichs von den Nazischergen hingemordet wurde.

Johann Mithlinger ging mutig und aufrecht für seine Idee aus dem Leben. Er wird in der Geschichte des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes, weiterleben und Vorbild sein.

Die Grabstätte Johann Mithlingers befindet sich auf dem Matzleinsdorfer-Evang.-Friedhof.

Tabakwaren zu Pfingsten
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für Niederösterreich und das Burgenland geben im Einvernehmen mit der Österr. Tabakregie den Aufruf der AbschnitteMS/14 und FS/14 bekannt:

Die Abgabemengen auf diese Abschnitte sind zusätzliche Sonderzuteilungen und betragen

10 Stück Zigaretten Mischung "A" für einen Abschnitt.

Andere Tabakwarensorten werden auf diese Abschnitte nicht abgegeben.

Die Einlösung der aufgerufenen Abschnitte, die bis zum 23. Juni 1946 ihre Gültigkeit behalten, beginnt in den Wiener Trafiken (I - XXVI) am 7. Juni 1946. Die Einlösung in den Trafiken Niederösterreichs und des Burgenlandes wird wie bisher von den zuständigen Wirtschaftsämtern und Steueraufsichtsämtern festgesetzt.

Die Raucherkarten berechtigen nur zum Einkauf in den Trafiken jener Gebiete, in denen sie ausgegeben werden,

Neue Städtische Bücherei eröffnet

=====

Anlässlich der Eröffnung einer Zweigstelle der Städtischen Büchereien in Wien 4., Favoritenstraße 16, am 3. Juni 1946, begrüßte Stadtrat ALBRECHT in einer internen Feier diese Neuerrichtung, die er in seiner Eigenschaft als früherer Bezirksvorsteher des 4. Bezirkes tatkräftig gefördert hat und der er auch weiterhin sein Interesse zusagte. An der Feier nahmen außerdem Vertreter der Gemeinde Wien und der drei Parteien teil.

Geehrte Redaktion!

Wir bitten, Ihren Kommunalberichterstatter zu einer kurzen Pressekonferenz zu entsenden, die morgen Freitag, den 7. Juni 1946, um 8 Uhr früh im Journalistenzimmer (neben dem Sitzungssaal des Gemeinderates) stattfindet.

Beginn der Budgetberatungen im Gemeinderat
=====

Heute mittags begann der Wiener Gemeinderat mit der Verhandlung des Voranschlages für 1946. Die Verhandlung wurde von Bürgermeister General a.D. Körner geleitet.

Finanzreferent, amtsführender Stadtrat Honay leitete die Generaldebatte mit einem ausführlichen Referat ein. Er stellte einen Vergleich zwischen dem Kriegsende 1945 und dem von 1918 an. Zum zweiten Male ist nach einem furchtbaren Kriege der Gemeinderat damit beschäftigt, ein Budget zu erstellen. 1918 waren aber keine vandalischen Verwüstungen aufzuweisen, Wohn- und Betriebsstätten sind uns damals erhalten geblieben. Heute stehen wir vor einem Trümmerhaufen. Die Schäden, die allein das Vermögen der Gemeinde erfahren haben, betragen 364 Millionen Schilling und sind fast so hoch, als das gesamte Budget dieses Jahres. Wenn man bedenkt, daß die Schäden in ganz Wien ungefähr 2000 Millionen Schilling betragen, dann verstummt vor diesen gigantischen Zahlen jede Vergleichsmöglichkeit.

In allen vom Krieg betroffenen Ländern sind Wirtschaft und Währung aus den Fugen geraten und alle europäischen Staaten einschließlich dem ehemals reichen Großbritannien sind an die USA verschuldet. Die Güter, die der Fleiß der Menschheit geschaffen hat, sind aufgezehrt worden. Der Krieg hat auch die Währung Österreichs gestört. 1938 wurde unser Goldschatz nach Berlin entführt, und eine Notendeckung eingeführt, die keine Deckung war. Nach dem Krieg sind auch Großstaaten in den Strudel der Inflation hineingerissen worden. Wir Österreicher verstehen und würdigen die währungs-politischen Maßnahmen der Regierung. Entscheidend muß sein, daß wir unsere Wirtschaft planmäßig aufbauen und die Produktion steigern. Dies darf aber nicht nach überholten kapitalistischen Methoden geschehen, sondern nach einer sozialistischen, nach welcher die Wirtschaft der Staat und der Staat die Wirtschaft ist.

Es gibt heute kaum jemand, der der Meinung sein könnte, daß zum Beispiel das Wohnungselend mit privatkapitalistischen Mitteln bekämpft werden kann. Wir müssen wieder zum kommunalen Wohnungsbau zurückkehren. In diesem Jahre wird dies

praktisch aber nicht möglich sein. Dies ist gar nicht so sehr ein Finanzproblem, als darauf zurückzuführen, daß uns Material, Facharbeiter und geeignete Transportmittel fehlen. Das Budget hat deshalb für das heurige Jahr noch keinen Betrag für den Wohnungsneubau eingesetzt.

21 % des Wohnungsbestandes sind durch Kriegseinwirkungen beschädigt, rund 100.000 Wohnungen in Mitleidenschaft gezogen worden. 7'5 % der Gemeindewohnungen sind zerstört. Es wurde deshalb zum ersten Mal neben dem ordentlichen Budget ein außerordentliches Budget erstellt.

Es sind allein 10 1/4 Millionen Schilling für die Wiederherstellung der durch den Krieg beschädigten städtischen Wohnhäuser veranschlagt, das sind 40 % des gesamten außerordentlichen Budgets. Im Budget sind für die Wiederherstellung von durch Kriegshandlungen zerstörten oder beschädigten Anlagen rund 120 Millionen Schilling eingestellt.

Der Redner bespricht sodann die Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau begegnen, die auch mit der Ernährungslage zusammenhängen. Wir haben uns bemüht, aus dem großen Reservoir der Arbeitslosen der geistigen Arbeit - es sind dies rund 75.000 - manuelle Arbeiter heranzubilden. Dies hat leider nicht den erwarteten Erfolg gebracht.

Viele Arbeiter stehen uns deshalb nicht zur Verfügung, weil sie noch in Kriegsgefangenschaft schmachten. Für die Unterstützung der Familien der noch nicht Zurückgekehrten sind im Budget 18 1/2 Millionen Schilling vorgesehen. Die Gemeinde steuert dazu 3.7 Millionen Schilling bei. Wir appellieren deshalb wieder an die ausländischen Mächte, sie mögen unseren schwer geprüften Frauen ihre Männer und unseren Euben und Mädeln ihre Väter wieder zurückgeben. Sie würden damit nicht nur unserer Bevölkerung sondern auch unserer Wirtschaft einen Dienst erweisen. Auch für die Heimkehrerhilfe sind im Budget namhafte Beträge vorgesehen.

Dankbar müssen wir hier aber auch die Hilfe der Alliierten in den verschiedensten Sparten erwähnen. In unermüdlicher Weise hat der Herr Bürgermeister immer wieder den Alliierten aufgezeigt, was wir brauchen und dabei vieles erreicht.

Eines muß hier wieder betont werden, wir wären mit dem Aufbau viel weiter, wenn wir frei wirtschaften könnten. Wir haben immer noch die Demarkationslinien und die Verkehrsbeschränkungen. Unser Appell an die Alliierten geht daher dahin, sie helfen uns am besten wenn sie uns endlich aus unserer Zwangslage befreien. (Lebhafter Beifall)

Der Voranschlag sieht in der ordentlichen Gebahrung Ausgaben von 368 Millionen Schilling vor, denen Einnahmen von 330 Millionen Schilling gegenüberstehen. Der außerordentliche Voranschlag sieht einen Abgang von 53 Millionen Schilling vor, sodaß wir insgesamt mit einem unbedeckten Erfordernis in diesem Voranschlag von 91 Millionen Schilling zu rechnen haben. Die Erstellung eines außerordentlichen Budgets hängt mit staatsfinanziellen Problemen zusammen. Es ist nicht nur allein der Standpunkt der Gemeinde Wien sondern der Standpunkt aller österreichischen Gemeinden, daß die Kriegsschäden nicht ausschließlich auf die Schultern der Gemeinden gewälzt werden können. Wir begrüßen daher den Gesetzentwurf, der einen Beitrag der Hausbesitzer fordert, der ausschließlich für die Herstellung der durch den Krieg beschädigten Wohnhäuser in ganz Österreich vorgesehen ist. Es ist keine große Belastung die hier den Hausbesitzern aufgebürdet wird. Die Belastung beträgt 1 1/2 % des Einheitswertes aller Wohnhäuser. Diese Abgabe ergibt ungefähr 127 Millionen Schilling im Jahr.

Leider ist es nicht gelungen bei der Regierung durchzusetzen, daß die 3.6 Millionen Schilling, die im Budget als Kriegsbeitrag der Gemeinde eingestellt sind, gestrichen werden.

Ich möchte hier erwähnen, daß die Gemeinde mit allem Nachdruck auf ihren Steuerhoheit besteht, daß die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, die seit Jahren von der Gemeinde autonom eingehoben worden sind, unbedingt als Gemeindesteuer weiter bestehen bleiben müssen. Nur so besitzen wir die Möglichkeit, unser Budget in Ordnung zu bringen.

Die Grundsteuer sollte wieder zu einer Zwecksteuer umgestaltet werden. Sie hieß früher Eohnbausteuer und hat bis zum Jahre 1933 ausschließlich dem Zwecke des Wohnbaues gedient. Wir wollen auch jetzt wieder dazu kommen, daß sie den alten ehrlichen Namen Wohnbausteuer erhält, und daß ihr Ertrag ausschließlich dem Bau neuer Wohnungen zufließt. (Lebhafter Beifall)

Der Berichterstatter befasste sich sodann mit der Möglichkeit der Steigerung der Einnahmen durch Erhöhungen des Gaspreises um 5 %, des Strompreises um 10 % und des Strassenbahnfahrpreises von 25 auf 30 Groschen. Durch eine solche Erhöhung, die von der Bevölkerung nicht als besonders drückend empfunden würde, käme der Gemeindegasse ein Mehrbetrag von 22 Millionen Schilling zugute, der für den Wiederaufbau Verwendung finden könnte.

Die Gewerbesteuer ist im Jahre 1946 auf 36 Millionen Schilling gegenüber einem früheren Ertrag von 122 Millionen Schilling gesunken, jedoch ist an keine Erhöhung dieser Steuer gedacht, da sich das Gewerbe in einem mühsamen Aufbau befindet, der durch keine drückenden Steuern gestört werden darf. Bei der Lohnsummensteuer wäre eine kleine Erhöhung vertretbar, doch soll der Freibetrag für die kleinen Unternehmungen unangetastet bleiben. Eine Steigerung der Steuer von 500 auf 750 % würde der Gemeinde anstatt 7 Millionen 11,6 Millionen einbringen.

Stadtrat Honay befaßte sich mit der bereits durchgeführten Erhöhung der Vergnügungssteuer, der Hundesteuer und der Verwaltungsabgaben. Die Vergnügungssteuer ist nach rein sozialen Gesichtspunkten erfolgt. Insbesondere sei der Vorwurf nicht zutreffend, daß durch sie die Kunst besteuert wurde. So seien insbesondere sämtliche Staatstheater von der Vergnügungssteuer befreit, was einer indirekten Förderung dieser Theater durch die Gemeinde gleichkomme.

Eine erhebliche Einbuße an Steuern erleidet die Gemeinde auch durch die Besetzung von Lokalen durch die alliierten Mächte. Nach einer amtlichen Zusammenstellung sind gegenwärtig in Wien 84 Hotels von den Alliierten besetzt.

Während im Jahre 1930 rund 200 Millionen an eigenen städtischen Steuern eingingen, sind es jetzt nur mehr 102 Millionen.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen zur Zeit 72 S an Steuern gegenüber rund 108 S im Jahre 1930. Die Gemeinde vermag mit eigenen Steuern zur Zeit nur ein Drittel der Ausgaben zu decken, während früher die Hälfte der Ausgaben damit gedeckt werden konnte. Es soll nicht verschwiegen werden, daß wir noch aus früherer Zeit bedeutende Fremdwährungsanleihen haben. Im Jahre 1940 wurde auch eine Reichsmarkanleihe bei den Ländern und Gemeinden begeben.

Die Zentralsparkasse mußte bei 965 Millionen Schilling Einlagen für 503 Millionen Reichsmark Reichsschatzanleihen nehmen, das sind 52 % ihres Einlagenstandes. Daraus werden aber keine Schwierigkeiten entstehen und der Zinsendienst wird zur gegebenen Zeit geleistet werden können.

Einen wichtigen Teil unseres Budgets, nämlich 38 %, nehmen die Personalkosten ein. Viele Angestellte sind dazugekommen, infolge der Vergrößerung des Gemeindeapparates durch zahlreiche Eingemeindungen usw. Leider bezieht ein Teil dieser Gemeindeangestellten so niedrige Gehälter, daß sie kaum die auf die Lebensmittelkarte zustehenden Lebensmittel bezahlen können. Diese niedrigen Lohnkategorien sollen mit einer entsprechenden Lohnerhöhung bedacht werden. (Lebhafter Beifall)

Es wird nun der Versuch unternommen, auch die Schule wieder aufzubauen, die vom Nationalsozialismus so vernachlässigt wurde. 6,3 Millionen Schilling sind dazu vorgesehen, um die zerstörten und beschädigten Schulgebäude wieder instandzusetzen. 52 Schulgebäude sind noch immer von den Alliierten besetzt, sodaß im kommenden Herbst die Schüleranzahl in den einzelnen Klassen erhöht werden muß.

Allgemein wird auch verstanden werden, daß ein Budget, das aus der Not geboren ist, keine besonderen Ausgaben für Kultur enthalten kann.

Wir müssen das Bestreben haben, unsere Stadt wieder aufzubauen und werden dafür Opfer bringen. Nur muß es so sein, daß

diese Opfer sozial verteilt werden. Die Wunden, die die Hitlerherrschaft unserer Stadt geschlagen hat, werden durch gemeinsames Zusammenwirken beseitigt werden. Wien soll wieder ein Zentrum des Friedens und eine Stadt des wirtschaftlichen Wohlstandes werden. Ohne Scheu und ohne Unterschied der Partei wurde beim Wiederaufbau angepackt und viel wurde schon geleistet. In diesem Sinne werden den Worten dieser Budgetdebatte die entsprechenden Taten folgen. (Lebhafter Beifall)

Als erster Redner in der Debatte sprach Gemeinderat Ing. Witzmann (SPÖ) allen jenen den Dank aus, die beherzt und ohne Unterschied der Partei im vorigen Jahr mit dem Wiederaufbau unserer Stadt begonnen haben. Er betonte die Schwierigkeiten, die dieser Wiederaufbauarbeit dadurch entgegenstanden, daß wir noch immer nicht Herr im eigenen Hause sind, und kam auf die Höhe der Besatzungstruppen zu sprechen. Weil dieses Problem ein Kernproblem ist, muß bei jedem Anlaß auf die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben, hingewiesen werden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden besonders durch die Einteilung in 4 Besatzungszonen ins Gigantische vergrößert. Ihre Aufhebung wäre ein Unglück nur für jene, die es verstanden haben, ^{sich} rechtzeitig mit ihren Produktionsmitteln nach dem Westen abzusetzen und für jene braugebrannten Patentösterreicher, die jetzt noch im Westen herumlaufen und es während des Krieges und nach dem Kriege verstanden haben, allen Unannehmlichkeiten auszuweichen. (Lebhafter Beifall) Österreich ist ein Schnittpunkt der Interessen und wenn der Vorwurf erhoben wird, daß wir Österreicher keine klare politische Linie haben, so müssen wir betonen, daß unsere klare Linie ist: Freundschaft mit allen, die unsere Freundschaft haben wollen. (Erneuter Beifall) Es soll keine Macht von uns Unmögliches verlangen, besonders nichts, was gegen einen anderen gerichtet ist. Wir sind bereit, mit allen Staaten, die es wollen, Handelsverträge auf gerechter Basis abzuschließen.

Auf die einzelnen Probleme des Wiederaufbaues eingehend, unterstrich der Redner die Notwendigkeit, vor allem die Wohnstätten vor dem Winter in Ordnung zu bringen, sodaß alle Wiener im Winter ihr Obdach haben und die Wohnungen zumindest vor weiteren Zerstörungen gesichert sind. Gegenüber diesem ersten Erfordernis des Wohnungsbaues müßten kulturelle Bauten zunächst zurückstehen. Das Wiederaufbauproblem ist derzeit ein Problem der Baustoff- und Transportmittelbeschaffung und auch der Lenkung des Arbeitseinsatzes, sohin ein organisatorisches Problem.

Der Redner schilderte dann den Umfang der Kriegsschäden, die auf Arbeitszeit umgerechnet, einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren ausmachen. Dieses Problem könne mit den derzeitigen Methoden nicht gelöst werden. Hinsichtlich der Einstufung der Pavorhaben in verschiedene Dringlichkeitsstufen sei es begrüssenswert, dass nun endlich durch Schaffung von Wiederaufbauausschüssen bei den Ländern einem langgehegten Wunsch der Bauwirtschaft Rechnung getragen werde. Aufgabe dieser Ausschüsse ist die Planung und Lenkung des Wiederaufbaues, sie werden den opfervollen Einsatz der Bauwirtschaft anerkennen und sich rücksichtslos gegen jene Aussenseiter stellen müssen, die sich durch Überzahlung von Faustoffen und Arbeitskräften immer wieder als Saboteure der Wirtschaft erweisen. Besondere Bedeutung kommt der Frage des Nachwuchses und der Facharbeiter zu. Die Umschulungskurse haben fachlich zu einem guten Ergebnis geführt, waren aber zahlenmässig nicht umfangreich genug.

In der Erkenntnis, dass Holz für Bauzwecke in absehbarer Zeit nicht in ausreichendem Masse zur Verfügung steht, muss in Zukunft an Ersatz durch andere Baustoffe, so z.B. Ziegelbrockenbeton, permanente Stahlgerüste u. dgl. gedacht werden. Heuer wird nur die Wiederherstellung beschädigter Wohnungen vorgenommen werden können, Neubauten müssen auf später verschoben werden. Es ist aber selbstverständlich, dass unsere Partei das Programm, das von ihrer Wählerschaft erwartet wird, einhalten und in den kommenden Jahren das Wohnbauprogramm vergrössern wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Zur Durchführung einer Bautätigkeit auf längere Sicht wird es notwendig sein, dass uns die Regierung auf Grund eines neuen Enteignungsgesetzes die Erlaubnis zum Erwerb von Gründen aus privatem Besitz erteilt, die wir für die Siedlungs- und Wohnhäuser benötigen.

Bei der Frage der Finanzierung müsse unterschieden werden zwischen Kriegss^{sach}schäden und Neubauten. Bei der Finanzierung der Kriegssachschädenbehebung müsse man von dem Gedanken der Solidarhaftung ausgehen. Zu dem in Ausarbeitung befindlichen Gesetzesentwurf, wonach eine Sonderabgabe von den Grundbesitzern und ein Beitrag von den Mietern eingehoben werden soll, erklärt der Redner: Wir begrüssen diesen Vorschlag, müssen uns aber dagegen wenden, dass auch die Mieter für den Aufbau der zerstörten Mietobjekte her-

angezogen werden. Er bemängelt besonders, dass der land- und forstwirtschaftliche Besitz, der von Kriegsschäden zum grossen Teil verschont geblieben ist, überhaupt nicht herangezogen werde. Wir sind entschieden dagegen, dass der Hauptmietzins unter irgendeinem Titel zur Beseitigung der Kriegssachschäden herangezogen wird, denn in Zukunft werden die Gemeinden gezwungen sein, zur Finanzierung ihres Neubauprogrammes auf diesen Hauptmietzins zurück^{zu}greifen. Der neue Gesetzesentwurf lasse die Frage der Wiederherstellung kommunaler Anlagen offen. Während die Gemeinde kleinere Schäden aus eigenen Mitteln durchführen konnte, sei dies bei grösseren Projekten nicht mehr möglich. Wir fordern deshalb die Regierung auf, auch für die Finanzierung kommunaler Anlagen die Deckung durch Bundesmittel zu übernehmen.

Der Redner weist auf die Belastung der Bevölkerung durch die indirekten Steuern in der Vergangenheit und auf das grosse Verdienst Breitners hin, der vor allem den Luxus und Reichtum besteuerte. Er zog sich dadurch den Hass der Besitzenden zu. Er hat aber durch sein Steuersystem die Fürsorgetätigkeit aus dem Rahmen privater Wohltätigkeit herausgehoben und die Fürsorge zu einer sozialen und gesellschaftlichen Pflicht gemacht. (Lebhafter Beifall und Hände klatschen bei den Parteigenossen.)

Durch Änderung in der Abgabenteilung versuchte man die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde einzuschränken. Die Ausgaben aber, die Faschismus und Krieg heraufbeschworen haben, waren viel höher als alle Breitnersteuern.

Im Jahre 1934 wurden die gegen den Besitz gerichteten Breitnersteuern abgeschafft. Es wurde von der Einhebung einer Kraftwagenabgabe Abstand genommen, dafür aber das Fahrrad des Arbeiters besteuert. Auch die Wohnbausteuer wurde abgeschafft. Nach dem Jahre 1934 wurden aber nur die von den Sozialisten begonnenen Wohnbauten fertiggestellt, 7 Familienasyle mit 850 Wohnungen und die Höhenstrasse wurden gebaut. Die Lohnsummensteuer und die Grundsteuer aber wurden erhöht.

Die von den Nazi eingehobenen Steuern machten über 200 Millionen Reichsmark aus, während alle Breitnersteuern im Jahre 1930 nur 130 Millionen einbrachten. Um diese 200 Millionen Reichsmark wurden aber nur Luftschutzbunker, Luftschutzstollen, Flaktürme und nicht zuletzt der Gaubefehlsstand am Gallitzinberg errichtet. Das Steuersystem der Nazi, das dieser Kriegswirtschaft angepaßt war, kann leider nicht von heute auf morgen geändert werden.

Eine starke Belastung unseres Budgets ist die Höhe der Besatzungskosten. Sie sind auf die Dauer für uns wirtschaftlich untragbar. Die ständige Einmischung in unsere Verwaltung und Gesetzgebung hemmt immer von neuem unsere Initiative. Wir warten noch immer auf die Zustimmung zu dem Gesetz, das es der Kommunistischen Partei ermöglichen soll, hier selbständige Anträge zu stellen. Es ist noch immer nicht entschieden, ob die Messe und die landwirtschaftliche Ausstellung im Herbst abgehalten werden dürfen und es wurde noch immer keine Entscheidung darüber gefällt, ob die 400.000 bis 500.000 Flüchtlinge in unserem Land zum Arbeits-einsatz herangezogen werden können.

Ich will die Gelegenheit benützen, um hier anzuerkennen, daß die finanziellen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Gemeinde durchaus in freundschaftlicher und loyaler Art geschehen. Das Finanzausgleichsgesetz gilt nur bis 1946 und ist nur als Übergang gedacht. Früher gab es in dieser Frage immer heftige Auseinandersetzungen. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament versuchte unter allen Umständen den sozialen Ausbau in unserer Stadt zu verhindern. Wir hoffen, daß auch in Zukunft diese Auseinandersetzungen vermieden werden können und daß die lebenswichtigen Interessen der Länder und Gemeinden auch von der Regierung anerkannt werden. Es gelte hier das Motto: Gebt dem Bund, was des Bundes und der Gemeinde, was der Gemeinde ist.

Es wäre zu erwägen, ob wir den Wiederaufbau auch durch Anleihen finanzieren sollen, ob eine Inlands- oder Auslandsanleihe zweckmäßiger ist.

Abschliessend sagt GF. Fitzmann: Wir müssen, ohne als Chauvinisten oder Nationalisten zu gelten, eine Forderung aufstellen und bitten, uns wirtschaftliche Selbstständigkeit zu geben, unsere Grenzen zu erweitern und uns bei den Beratungen über Südtirol zu berücksichtigen.

Wenn wir heute den Arbeitern und Angestellten dieser Stadt danken, daß sie sich im vergangenen Jahre vorbehaltlos an die Wiederaufbauarbeit gemacht haben, dann muß auch gesagt werden, daß diese Arbeiterschaft diesen Dank auch in anderer Form erwartet. Sie wartet auf die Wiedergutmachung und die Rückgabe der Güter, die ihr im Jahre 1934 von den Faschisten entzogen wurden.

Allen Schwierigkeiten und Hemmnissen zum Trotz werden wir Wien neu gestalten, damit es schöner wird als es einmal war. Wir wollen das Stadtgebiet auflockern und ganz Wien mit einem Kranz von Siedlungen umgeben. Es soll ein Sinnbild auf dem Gebiete der Fürsorge und der Kultur werden, ein Zentrum, zu dem wieder die ganze Welt pilgern wird, um zu lernen. Wien soll wieder so werden, wie es einmal war, das rote Wien. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten)

Gemeinderat Dkfm. Nathochläger (ÖVP) betonte zu Beginn seiner Rede, daß, um unsere Stadt wieder auf die einstige Höhe zu bringen, ein Zusammenwirken aller Aufbaukräfte erfolgen muß. Der Voranschlag sei ein Voranschlag der Konzentration aller Kräfte dieses Hauses. In seinen Ziffern ist das Budget durch die Verhältnisse erzwungen, die wir alle am eigenen Leibe verspürt haben. Es wurde endlich mit den Wahnsinnsziffern des Hitlerismus gebrochen und zu normalen Ansätzen zurückgefunden. Das Budget sei etwas ängstlich erstellt und die tatsächlichen Verhältnisse werden günstiger aussehen, als der Voranschlag. Der Redner befaßte sich im einzelnen mit den Problemen der Gemeindeverwaltung und der Stellungnahme seiner Partei zu diesen. Im besonderen berührte er die Fragen der Personalpolitik, der Betriebsreform, der Kriegsschädenbehebung, des Volksbildungs-, Wohlfahrts- und Gesundheitswesens. Er befaßte sich des weiteren mit den Fragen der Stadtregulierung und des Wohnbauprogrammes, des Verkehrswesens sowie des Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesens.

Zur Frage der Vergabung von Naziwohnungen erklärt er, seine Partei sei dafür, daß solche, soweit sie mit Recht auf Grund irgendeines Verschuldens der betreffenden beansprucht werden können, weitervergeben werden. Wir stemmen uns aber dagegen, daß wilde Inbesitznahmen nachträglich sanktioniert werden sollen. Die unzähligen Fälle, wo Leute in den Kampftagen nicht in Wien sein konnten und nachher ihre Wohnungen von anderen benützt fanden, müssen restlos geklärt und rechtmäßig erledigt werden. Der Redner fordert die Abschaffung der Ausländer und die Repatriierung der Reichsdeutschen, die noch immer viele Wohnungen wegnehmen. Auch die Flüchtlingsfrage müßte im Zusammenwirken mit den alliierten Mächten endlich bereinigt werden.

Ein besondere Kapitel ist für uns die Schulfrage. Wir verlangen die vollkommene Freiheit und Anerkennung der Privatschulen, auch der katholischen oder sonst konfessionell gebundenen. Die Frage der religiösen Praxis oder Nichtpraxis aus einem Parteiprinzip heraus soll nicht mehr trennend zwischen uns stehen.

Zur Frage der Ernährung müsse verlangt werden, daß durch die im Lande erzeugten Produkte Erleichterungen geschaffen werden. Es müsse der Enttäuschung über die geringen Zufuhren Ausdruck gegeben werden. Der Redner behandelt sodann die Frage der Einbürgerungen. Vor allem müsse bei Erledigung der 170.000 Ansuchen an die Einbürgerung von Fachkräften gedacht werden.

Bei den Verkehrsbetrieben müssen in Zukunft neue Wege be-
gangen werden. Sie müssen nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten und jedes einzelne Belegschaftsmitglied muß sich der Tatsache bewußt sein, daß auch dieses Unternehmen Dienst am Kunden zu betreiben hat. Zur Ausgestaltung des Verkehrs muß an eine beschleunigte Schaffung von Obuslinien geschritten werden. Der Redner bespricht im Zusammenhang damit Pläne für die Ausgestaltung des Verkehrsnetzes und abschließend die Zusammenfassung der drei großen städtischen Unternehmungen in einer Generaldirektion, die aus rein sachlichen Gründen zu begrüßen sei. Bei der Einstellung sollten besonders die Heimkehrer Berücksichtigung finden.

Zur Finanzierung des Wiederaufbaues vor allem der zerstörten Wohnungen muß die Allgemeinheit beitragen. Die Österreichische Volkspartei verlangt eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Hausbesitzern und Mietern. Es wäre ein großzügiges Kriegsschäden-
deckungsgesetz anzustreben, dessen Auswirkungen sich auf mindestens zwei Generationen verteilen müssen.

Abschliessend stellt der Redner fest: Wir fühlen uns nicht als Opposition, sondern stehen nach wie vor zu unserem Wort, in gemeinsamer Anstrengung mit den Kollegen der beiden anderen Parteien als Wiener für unsere gemeinsame Vaterstadt zusammenzuwirken, für unser Wien, das wir leider nunmehr wieder erst in die Fassung bringen müssen, aus der sie ein anderer mit brutaler Gewalt herausgebrochen hat. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR Lauscher (KPÖ).

Das zur Beratung stehende Budget spiegelt die gewaltigen Schwierigkeiten wieder, vor der unsere Vaterstadt heute steht und die wir gemeinsam überwinden müssen. Es ist nicht gelungen unsere Wirtschaft in einem nennenswerten Umfang in Gang zu setzen und die Wiener Bevölkerung in ausreichendem Masse mit Lebensmitteln zu versorgen. Dem stehen ausserdem sehr hohe Preise und niedere Löhne gegenüber, sodass sich unsere wirtschaftliche Lage gerade in den letzten Wochen und Monaten sehr katastrophal für die Wiener Bevölkerung ausgewirkt hat.

Die Bevölkerung hat grosses Verständnis für die tatsächlichen Schwierigkeiten. Aber gerade in den letzten Monaten ist die Unzufriedenheit allgemein geworden, weil man immer mehr zur Erkenntnis kommt, dass nicht tatsächliche Schwierigkeiten die Nahrungskrise und die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage heraufbeschwören, sondern dass andere Gründe dabei mitspielen.

In dem Voranschlag müsste jener fanatische Wille zum Ausdruck kommen, dass alles darangesetzt wird, um unserer Vaterstadt wieder jenen Wohlstand zu verschaffen und sie jener Blüte zuzuführen, die sie einst besessen hat. Aus dem Voranschlag sollte unser Volk neue Kraft und Zuversicht für die Wiedergeburt Wiens schöpfen und die Überzeugung gewinnen können, dass im Wiener Rathaus ein neuer Geist eingezeichnet ist, ein Geist des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fortschritts, der Geist der Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit, der Geist einer neuen schöpferischen volksverbundenen Demokratie. Die Kommunistische Partei ist überzeugt, dass dann auch das Vertrauen der gesamten Wiener Bevölkerung gewonnen werden kann und die Mitarbeit und Unterstützung bei der Lösung der Wiener Aufgaben gesichert ist.

Im allgemeinen ist bekannt, daß alle Kreise der Bevölkerung dringend die Beseitigung der Kriegsschäden vor allem an Wohnungen und den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen wünschen. Doch ist auf diesem Gebiet kaum ein nennenswerter Fortschritt zu verzeichnen. Wir halten es für notwendig, daß die Gemeinde und das Land durch die Erschließung einer entsprechenden Steuerpolitik sich die Mittel und auch gleichzeitig die Rechtsgrundlage für den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen sichern. Dabei ist es aber nicht gleichgültig, von wo die Mittel hergenommen werden. Ob die Masse der Werktätigen wieder ausschließlich die Lasten tragen muß oder ob nicht vor allem die bemittelten Schichten und diejenigen, die schuld an dem Wohnungselend sind, in erster Linie zur Bedeckung der Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen herangezogen werden sollen.

Hunderttausende Wiener, Ausgebombte, Heimkehrer, KZ'ler leiden außerdem Not an Wohnungseinrichtungen, obwohl der Engpaß der Holzlieferungen angeblich schon überwunden sein soll, ja gewisse Voraussetzungen für eine serienweise Produktion von Möbeln gegeben wäre. Der Vorschlag der Kommunistischen Fraktion geht daher dahin, daß die Gemeinde die Übernahme von sofort produktionsfähigen Holz- und Möbelfabriken vorbereitet.

Als Folge des Krieges und der unzureichenden Ernährung ist die Tuberkulose, die Ruhr und Lues zu einer Volkseuche geworden. Berichte über den Umfang dieser Seuchen zeigen, daß die Größe der Gefahr im allgemeinen unterschätzt wird. Ein Vergleich dieser Tatsachen mit den entsprechenden Kapiteln im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen des Voranschlages zeigt unserer Auffassung nach, daß die präliminierten Ansätze zu gering sind. Die Mittel, die auf diesem Gebiet angewendet werden, müßten außerordentliche sein. Wir sollten hier die Tradition unseres verstorbenen Professors Tandler hochhalten, der sich auch gesagt hat: Besser vorgesorgt als nachgesorgt.

Die Entwicklung seit April des vorigen Jahres hat in breiten Schichten unserer Bevölkerung im Zusammenhang mit den städtischen Unternehmungen die Frage aufgeworfen, warum nicht auch andere Betriebe, die für die Allgemeinheit von größter Bedeutung sind, in den Besitz der Gemeinde überführt werden. Es wird da zum Beispiel an die Großbetriebe der Lebensmittelindustrie, an die Brotfabri-

ken, an die Grossmolkereien und Grossmüllereien, aber auch an Ziegeleien und andere Betriebe gedacht. Es wird heute viel von Kommunalisierung gesprochen, aber die Überführung dieser Betriebe in die öffentliche Hand könnte am besten durch Kommunalisierung durchgeführt werden. Wir begrüßen deshalb den Antrag der sozialistischen Fraktion auf die Kommunalisierung der Leichenbestattung, desgleichen auch die Überführung der Wiener Hafens- und Lagerhaus A.G. in ein rein städtisches Unternehmen.

Die Hinterlassenschaft der braunen Barbaren auf dem Gebiete des kulturellen Lebens wird wohl am schwersten zu beseitigen sein. Die Beseitigung wird aber kaum möglich sein, im Hinblick auf die geringen Ansätze im Voranschlag. Es werden z.B. nicht einmal die Einnahmen für den Verkauf des Fundus des Opernhauses der Stadt Wien für Kulturzwecke eingesetzt. Dies hätte jeder von uns als selbstverständlich erwartet.

Die Kommunistische Partei hat die Säuberung von allen nazistischen Elementen verlangt. Deswegen haben wir auch gegen den Proporz-Stellung genommen, weil Begabung und demokratische Gesinnung nicht nach dem Proporz verteilt sind. In Anbetracht der katastrophalen Ernährungslage habe die KPÖ bei der letzten Gemeinderatssitzung in einem Dringlichkeitsantrag die sofortige Fühlungnahme mit den Vertretern der Sowjet-Union zwecks Abschlusses eines Handelsvertrages verlangt.

Wien dürfe sich nicht mehr länger mit der Rolle eines Lebensmittelverteilers begnügen. Die Gemeinde Wien soll das Recht und die Kontrolle auch an der Aufbringung der Lebensmittel erhalten. Wenn Aufbringung und Verteilung in eine Hand zusammengefasst werden, dann kann es nicht mehr vorkommen, dass im Burgenland Kirschen verfaulen oder in Wien zu Überpreisen verkauft werden.

Es kann niemand leugnen, dass die Sowjet-Union, die über bedeutende Bodenschätze verfügt, Österreich helfen kann. Wohl darf man nicht sofort ein Schlaraffenland erwarten, doch muss man sich rechtzeitig dazu anmelden.

Der Redner kam dann auf das Erntelandproblem zu sprechen und betonte, dass die Ansätze im Voranschlag gemessen an der grossen Bedeutung dieser Angelegenheit, zu gering wären. Die Stadtverwaltung müsse jede Initiative in dieser Hinsicht tatkräftig unterstützen.

Die Besatzungsmächte, erklärte Gemeinderat Lauscher, bilden für die KPÖ kein Projekt politischer Spekulation. Die KPÖ ist der Auffassung, daß es wahrscheinlich keinen Österreicher gibt, der nicht wünschen würde, daß wir bald völlig frei werden. Darüber besteht zwischen der KPÖ und den anderen Parteien keine Meinungsverschiedenheit. Eine solche besteht aber in etwas anderem, und zwar darin, daß es manche gibt, die glauben, sich von der Verantwortung drücken zu können.

Zum Abschluß seiner Rede erklärte Gemeinderat Lauscher, daß seine Partei trotz des Umstandes, daß das Budget gewissen Auffassungen der Zeit nicht entspreche, für den Voranschlag stimmen werde.

Gemeinderat Lötsch (SPÖ) vergleicht Österreich mit einem Kranken, an dessen Krankenbett eine Anzahl von Generälen zur Konsultierung berufen wurde. Der Kranke habe Ausgehverbot erhalten und die Apotheken mit der zur Heilung notwendigen Medizin lägen in einem anderen Gebiet jenseits der Demarkationslinien. Wenn der Kranke wieder gesund werden solle, müsse die Bitte auf baldige Entfernung der Generäle vom Krankenlager erhoben werden.

Wenn heute überhaupt von einer Wirtschaft gesprochen werden könne, dann sei dies der Arbeiterschaft zu danken, die in den schwersten Stunden sofort mit dem Wiederaufbau in dieser Stadt begonnen hat. (Lebhafter allgemeiner Beifall) Zur Bewältigung der großen Aufbauprobleme bedürfen wir unserer Kriegsgefangenen, daher müssen wir an die alliierten Mächte die Bitte richten, uns diese zurückzugeben. Für uns ist das sowohl ein menschliches, als auch ein finanzielles Problem, da für die Familien der Kriegsgefangenen große Summen an Unterstützungen aufgewendet werden müssen. An den Bund müsse die Bitte gerichtet werden, an der Beseitigung der Kriegsschäden mitzuwirken. Dazu sei vor allem Wertbeständigkeit der Währung notwendig, da erst dann an den unbedingt notwendigen Umbau des gegenwärtigen Steuersystems geschritten werden könne, in dem soziale und tragbare Steuern gerecht aufgeteilt sind.

Aufbauarbeit ist vor allem im Schulwesen zu leisten, da hier der braune Faschismus so verderbend gewirkt hat, daß Jahre bis zur Behebung dieser Schäden vergehen werden. Auch die der Schule entwachsene Jugend muß den Wert der Arbeit wieder kennenlernen.

wenn auf dem Gebiete der Ernährung nicht bald Abhilfe geschieht, bricht unsere brave aufopferungsvolle Arbeiterschaft zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeiterschaft hat den Aufbau auch ohne die grossen Wirtschaftsführer, die sich als unentbehrlich hinstellen möchten, in Angriff genommen. Wir werden in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, zu sehen, wie sich diese Wirtschaftsführer zu dem grossen Gedanken der Sozialisierung stellen werden. Im Jahre 1931 hat ihre ganze Wirtschaftskunst versagt, und das Volk musste in die Bresche springen, um die faulen Banken wieder zu sanieren. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Wir Sozialisten sind nicht von Rachegeanken erfüllt. In dieser schweren Zeit ist die Mitarbeit jedes einzelnen erwünscht, der es ehrlich mit dem Aufbau dieser Stadt meint. Nur durch gemeinsames Zusammenarbeiten kommen wir über diese trübe Zeit hinweg.

GR Dr. Robetschek (ÖVP.) bezeichnet die Datierung einzelner Posten als zu sparsam. Als Weg zur Erhöhung der Einnahmen der Gemeinde bezeichnet er u.a. die Einführung bzw. Erhöhung gewisser Luxusabgaben, besonders in den Nachtlokalen, die Auflegung einer freiwilligen Anleihe zur Beschaffung zusätzlicher Mittel, die Erhebung einer Abgabe bei Verleihung neuer Gewerbeberechtigungen. Bei der Eintreibung fälliger Steuerschulden von Gewerbetreibenden sollte nicht sofort mit Exekution vorgegangen werden, da sich viele Gewerbetreibende infolge des Verlustes sämtlicher Unterlagen in einem grossen Notstand befinden. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR Soswinsky (KPÖ.) zeigt auf, wie die finanziellen Fundamente der Gemeinde in einem jahrzehntelangen zähen Kampf untergraben wurden. Während im letzten auf demokratischer Grundlage erstellten Budget im Jahre 1933 rund 8 % der Einnahmen aus dem unmittelbaren Tätigkeitsgebiet der Verwaltungsgruppe II stammten, resultieren im Voranschlag 1946 nur mehr 4 1/2 % aus diesem Titel. Der grösste Teil der Erträgnisse wird heute aus Rückersätzen, Erträgnissen der Gemeindebetriebe und sonstigen Einnahmen bestritten.

In der Zeit der Hochblüte hat die Gemeinde Wien 60 % aus eigenen Einnahmen gedeckt, trotz der ungeheuren Zerstörungen des Krieges muss sie heute 90 % decken. Der Redner bemängelt im Zusammenhang damit, dass sich der Bund eine Reihe ertragreicher Steuerquellen geschaffen hat, während der Gemeinde dieser Weg nicht

gegeben sei, wozu noch komme, dass der Bund diese Beträge durchaus nicht immer ihrer Zweckbestimmung, nämlich dem Wiederaufbau zuführe. Der Gemeinderat müsse schärfste Kritik daran üben, dass durch das zur Zeit im Parlament in Verhandlung stehende Finanzausgleichsgesetz der Gemeinde nicht nur für 1946, sondern auch für 1947 die Möglichkeit genommen sei, mit dem Bund zu anderen Vereinbarungen zu gelangen. Wir müssen mit Befremden feststellen, dass anstatt der Bund der Gemeinde, die Gemeinde Wien dem Bund eine Wiederaufbauabgabe entrichten muss. Die Aufgaben der Gemeinde können nicht erfüllt werden, weil die dazu notwendigen Einnahmen nicht vorhanden sind. Dabei ist aber die Steuerbelastung der Staatsbürger durchaus nicht gesunken, nur sind es Steuern, die ausschliesslich dem Bund zugutekommen. Wir müssen daher ganz neue Wege gehen, um neue Steuerquellen zu erschliessen. Eine Vermögensabgabe der Kriegsgewinner und aller Personen, die in der Zeit des Nationalsozialismus zu Vermögen gekommen sind, wäre ein solcher. Es ist untragbar, dass es heute noch Personen gibt, die im Besitze solchen Vermögens sind. Eine Vermögensabgabe soll aber nicht nur dem Bund zufließen, sondern soll mit den Ländern und Gemeinden geteilt werden. Auch sollen Personen, die in der Zeit des Nationalsozialismus ihr Vermögen anstatt es in die Bank zu legen, in Grundbesitz angelegt haben, nicht von einem gewissen Gefahrenmoment befreit sein. Durch diese vorgeschlagenen Massnahmen könnten Beträge ins Rollen kommen, die das Erträgnis anderer vielleicht kleiner unsozialer Steuern weit übersteigen werden. Der Gemeinde Wien müssen unter allen Umständen jene Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie benötigt, um ihre gigantische Aufgabe erfüllen zu können. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GK. Marek (SPÖ.) hob hervor, dass sich der Voranschlag wesentlich von denen der Vorjahre unterscheidet. Früher wurde hinter verschlossenen Türen und Fenstern verhandelt, weil es sich ja auch nicht um Massnahmen zugunsten der Bevölkerung handelte. Für die klaren Zahlen dieses Budgets, aus denen wieder der Ereitnergeist spreche, wäre dem Finanzreferenten der Stadt Wien besonders zu danken. (Beifall.)

Durch den Diebsschlüssel der Merkurenrechnung hätten die deutschen Okkupanten die Gemeinde Wien um einen Betrag von 347 Millionen Schilling gebracht, die vor aller Welt zur Schadensgutmachung und Befundierung angemeldet werden müssen.

Zum Problem der Schuttbeseitigung verlangte Gemeinderat Marek, daß die Bevölkerung in größerem Umfange als im Vorjahre zur Mitarbeit aufgerufen werden müsse. Um das geschändete Stadtbild wieder in Ordnung zu bringen, dürfe nicht länger zugewartet werden.

Wiederaufbau ist gleich Wiedergutmachung. Wir können dabei den 12. Feber 1934 nicht vergessen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie können dafür ja nicht verantwortlich gemacht werden, weil Sie als junge Partei nicht die Rechtsnachfolgerin der alten christlichsozialen Partei sind! Die Arbeiterheime und alle anderen Einrichtungen der Arbeiterschaft müßten wieder zurückgegeben werden. Es geht auch nicht an, daß die 4000 Menschen, die aus der Hölle der Konzentrationslager noch zurückgekommen sind, nur deswegen nicht mehr in ihre Wohnungen hineinkönnen, weil wir keine Gesetze haben. Wir brauchen dazu auch keine Gesetze, weil diese Personen seinerzeit nicht ordnungsgemäß gekündigt wurden und nach dem Mietengesetz nach wie vor Anspruch auf ihre Wohnung haben. Die Betonung dieser Frage habe mit der Judenfrage überhaupt nichts zu tun, sondern ist eine Frage der Zivilisation und Kultur überhaupt. (Zustimmung im ganzen Saal)

Wir verlangen aber auch, daß beim Wiederaufbau Sorge getragen wird, daß diejenigen, die mitschuldig sind, in irgendeiner Form zur Wiedergutmachung herangezogen werden. Mit den einrückenden deutschen Soldaten kamen auch die Männer der deutschen Wirtschaft, die Wirtschaftsführer, die sich in unserem Wirtschaftsleben auf die widerlichste Art breit machten und die noch immer hier sind. Sie stellen heute Einbürgerungsansuchen. Diese müssen abgelehnt werden. Man soll sie menschlich behandeln, aber sie sollen unser Land rasch verlassen. (Allgemeine Zustimmung)

Unser Dank gebührt unserem Herrn Bürgermeister, der die Gerechtfame unserer Stadt wie die großen Bürgermeister unserer Geschichte, vor jenen Mächten vertritt, die oft nicht das richtige Verständnis für die Notwendigkeit unserer Stadt und ihrer Bevölkerung aufbringen. (Beifall)

Die Stadtkommandantur hat, wie in den heutigen Tageszeitungen zu lesen ist, die im Herbst abzuhaltende landwirtschaftliche Messe bewilligt, hingegen wird über die Abhaltung der Industriemesse erst beraten werden. In der Begründung wird angeführt, daß die nach Wien kommenden Fremden den Wohnungsmarkt belasten und das

Ernährungsproblem gefährden könnten. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, dass die nach Wien kommenden Männer des Wirtschaftslebens aus dem übrigen Österreich sich wahrscheinlich einen Mundvorrat mitbringen würden. Auch bezüglich der Wohnungen bestünden keine Schwierigkeiten, da ihnen Geschäftsfreunde gerne ein Zimmer zur Verfügung stellen würden. Für die zu erwartenden ca. 800 Männer des Wirtschaftslebens aus Europa und Übersee müsste doch noch ein Hotel der derzeit 84 beschlagnahmten, freigegeben werden können. Der Herr Bürgermeister sollte diesen Standpunkt den Alliierten noch zur Kenntnis bringen.

Der Voranschlag für das Jahr 1946 kann nicht die allgemeine Befriedigung finden. Wer könnte befriedigt sein, wenn beim Durchblättern der einzelnen Abschnitte die Sätze zur Behebung der Kriegsschäden im Vordergrund stehen. Es ist aber ein Voranschlag des konstruktiven Aufbaues, es ist der Wegweiser in eine bessere Zukunft. Wir sind berufen, mit unserer ganzen Kraft und Liebe dieses Wien wieder aufzubauen und die Meldung an die Vereinten Nationen zu erstatten, dass dieses Wien heimgekehrt ist in die Reihen der Zivilisation und der Kultur. (Lebhafter Beifall).

GR. Lifka (ÖVP.)

Der vorliegende Voranschlag ist nicht nur ein Spiegelbild der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage unserer Stadt sondern auch ein Spiegelbild der Notlage der Bevölkerung. Der Herr Finanzreferent hält Ausschau nach neuen Möglichkeiten des Budget besser zu stellen, bessere Einnahmequellen zu schaffen. Es sei aber nicht angebracht, diese Einnahmequellen bei den Arbeitern und Angestellten zu suchen.

Die Verteuerung des Tröpferlbades trifft die breiten Massen besonders, desgleichen die in Aussicht genommene Erhöhung bei Gas, elektrischem Licht und Strassenbahn. Die Strassenbahn ist heute doch kein Vergnügungsfahrzeug, sondern lediglich eine Notwendigkeit für Arbeiter und Angestellte. Es wäre gut, von einer 20%igen Verteuerung Abstand zu nehmen.

Bezüglich der Wiedergutmachung sprach der Redner, dass nicht nur die sozialistische Arbeiterschaft sondern auch die ÖVP Ansprüche zu stellen hat. Auch sie hat Kulturgüter besessen, die sie bis heute noch nicht zurückgehalten hat.

Die Wiedergutmachung soll in der Form vorgenommen werden, daß jeder gerecht zu seinem Teil kommt. Auch wir hoffen, daß das Deutsche Reich das ersetzen wird, was uns zukommt. Es entsteht hier noch die Frage, was mit den Gütern geschehen wird, die von Seiten der Nationalsozialisten der Gemeindeverwaltung zugewiesen wurden. Wird die Gemeindeverwaltung diese behalten oder sie dem ursprünglichen Besitzer wieder zurückerstatten? Was geschieht, wenn zufällig die Gemeinde Wien der "Arisierer" war?

Dr. Altmann (KPÖ) sprach davon, daß dieses Budget ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich ist. Er will damit nicht sagen, daß er mit jeder Post des Budgets durchaus übereinstimmt. Die Schwierigkeiten, die in Wien derzeit bestehen, könnten nur ein solches Budget hervorbringen. Bei aller Anerkennung der Arbeit, die zu diesem Budget geführt hat, kann die Kommunistische Partei doch nicht damit einverstanden sein, da es nicht die Aufgaben zu erfüllen vermag, die unmittelbar heute und in den nächsten Monaten vor uns stehen. Wir stehen auf allen Gebieten vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Dabei müssen wir aber daran denken, daß es Städte gibt, die noch mehr als wir unter der Last dieses Krieges und unter der deutschen Fremdherrschaft gelitten haben. Wenn wir die Lasten des Krieges sehen, müssen wir auch bedenken, daß viele Städte ungleich mehr als wir unter der barbarischen Fremdherrschaft des Nationalsozialismus gelitten haben. Zur Behebung und Überwindung dieser Schwierigkeiten dürfen wir nicht auf Hilfe von außen, die allein den Wiederaufbau bringen soll, warten, sondern müssen alle unsere eigenen Kräfte anspannen. In den ersten Wochen und Monaten nach Beendigung des Krieges ist sehr viel geschehen. Wenn wir ein beträchtliches Stück weiter gekommen sind, so bedeutet das aber nicht, daß wir uns nun in einer geregelten, ruhigen Entwicklung befinden, große Schwierigkeiten stehen uns noch bevor. Die Initiative und Hilfe jedes einzelnen herbeizuführen, das ist der Sinn einer wirklichen Konzentration, die in eine Gesamtarbeit aller einmünden muß. Konzentration und demokratische Einigung spielen sich nicht nur in den Regierungen ab, sondern müssen im ganzen Volk von unten her durchgeführt werden. Diese Aufgabe steht noch vor uns.

Es ist ein allgemeiner Wunsch des Volkes, die volle Souveränität Österreichs zu erreichen, aber mit Konstatierungen allein

ist nichts getan. Wir selbst müssen die Bedingungen schaffen, die die volle Souveränität garantieren. Zu diesen gehört vor allem die völlige Ausrottung aller Überreste des Faschismus und die Sicherung einer gefestigten Demokratie in unserem Lande. Darüber hinaus müssen wir aber der Welt die Überzeugung verschaffen, daß wir dieses Ziel auch tatsächlich erreicht haben. Die Ernährungsfrage ist ein deutliches Beispiel für die Notwendigkeit der Mobilisierung der eigenen Kräfte. Es ist psychologisch falsch, die Ernährungspolitik nur auf die Hilfe von außen abzustellen. Es wäre auch falsch, vor die Welt als Bettler hinzutreten. Wir wollen mit dem Anspruch jeder freien Gemeinschaft vor die gesamte Welt treten. Das werden wir nur können, wenn wir darauf verweisen können, daß wir das Unsere getan haben. Dann haben wir erfüllt, was man von einer demokratischen Konzentration verlangen kann, dann haben wir die Lüge, daß Österreich nicht bestehe und nur das Anhängsel eines großdeutschen Reiches sei, widerlegt.

Zu den Fragen der Außenpolitik verweist der Redner insbesondere auf Südtirol und die Wiedergutmachungsansprüche an Deutschland. Die Forderung nach Rückgabe Südtirols verdient jede Unterstützung, und wir hoffen, daß unser Wunsch in Bälde in Erfüllung geht. Unsere Trennung vom deutschen Faschismus muß eine Unterstützung durch Erhebung von Wiedergutmachungsansprüchen an Deutschland erfahren und durch die Forderung nach Rückgabe aller geraubten Güter, insbesondere des Gold- und Devisenschatzes der Nationalbank.

Zur Frage der Verstaatlichung hebt der Redner das brennende Interesse hervor, das der Großteil der Arbeiterschaft diesem Problem entgegenbringt. Der Gemeinderat müsse sich im Zusammenhang damit mit dem Problem der Kommunalisierung befassen, welches eine der wichtigsten Aufgaben in der nächsten Zeit sein werde. Die Verstaatlichung, insbesondere der österreichischen Schlüsselindustrien, müsse im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden.

Zum Abschluß bezeichnet der Redner den Voranschlag als Voranschlag der Notzeit, der aber verwirklicht werden könne, wenn alle ihre Entschlossenheit zur Zusammenarbeit in die Tat umsetzen.

Tun wir jeder unser Bestes und sorgen wir, dass die Initiative des Volkes geweckt wird, dann werden wir wieder ein Wien haben, auf das wir wahrhaft stolz sein können. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Damit ist die Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe II geschlossen.

Berichterstatter Honay verwies in seinem Schlusswort, dass er sich bei Erstellung dieses Voranschlages bewusst war, dass er eine Kritik herausfordern würde. Dies wäre aber noch bei jedem Budget der Fall gewesen. Es müsse aber festgestellt werden, dass die Kritik in diesem Saal vom Geiste der Sachlichkeit getragen war. Es bedürfe viel Kopfzerbrechen, um neue Einnahmequellen zu finden. Der Finanzreferent versprach, auf die Vorschläge der Parteien einzugehen, wenn ihm Mittel und Wege gezeigt würden, um die beabsichtigten Ausgaben durch Neueinnahmen zu decken.

Besondere Schwierigkeiten bereite die Belcbung der Ziegelindustrie, da dafür keine geeigneten Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. In den südlichen Bundesländern mussten zu diesem Zweck, trotz Arbeitslosigkeit, italienische Arbeiter ins Land gebracht werden. Unter Hinweis auf den verhältnismässig geringen Betrag, den das Budget für Kulturausgaben enthalte, vertrat der Redner die Auffassung, dass in der augenblicklichen Situation zuerst an die lebensnotwendigsten Dinge gedacht werden müsse.

Neben dem öffentlichen Wohnungsbau soll der privaten Wohnbautätigkeit der Weg geebnet werden. Unter Ausnützung der traurigen Veränderungen des Stadtbildes müsse Wien aufgelockert werden und seine Bewohner in Siedlungen untergebracht werden. Eine grosszügige Siedlungspolitik werde aber durch die Abtrennung der 81 Gemeinden unmöglich gemacht. Es wäre zu wünschen, dass im Zusammenwirken aller Parteien bei den schwierigen Verhandlungen mit dem Land Niederösterreich die Wiener Bevölkerung zu mehr Luft und dem notwendigen Raum kommen werde.

Bezüglich des Schulwesens betonte der Redner, dass die Sozialisten keinen Schulkampf wollen. Es wird hier mit allem Nachdruck betont, dass das religiöse Empfinden der Bevölkerung nicht angetastet werden soll. Die Sozialisten haben dies in den Jahren ihrer Alleinverwaltung wohl genügend bewiesen.

Die Ausgestaltung des statistischen Dienstes der Stadt Wien zur besseren Information der Bevölkerung über die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung werde nach allen Richtungen hin angestrebt. Betreffend die gerechte Verteilung der Lasten im Wiederaufbaugesetz wurde die Regierung aufgefordert, den Gesetzentwurf möglichst bald dem Nationalrat vorzulegen. Es besteht die Absicht, einen Fonds zu schaffen, der die Wiederanschaffung des zerstörten Hausrates ermöglicht. Hier wird aber nicht an eine Geldleistung, sondern an Naturalentschädigung gedacht. Mit einigen Großbetrieben wurden bereits Verhandlungen zur Herstellung von einfachem, billigem Hausrat geführt.

Gemeinderat Lauscher hat bemängelt, daß für die Fürsorge ein zu geringer Betrag vorgesehen ist. Auch wir sehen dies ein und können nur die Versicherung abgeben, daß wir die Fürsorge wieder auf den Stand vor dem Jahre 1934 bringen wollen. Die Gemeindeverwaltung hat auch verschiedene Versuche zur Kommunalisierung unternommen. Diese ist aber nicht nur vom Landtag zu beschließen, sondern sie bedarf auch der Zustimmung der Regierung. Wir stoßen zum Beispiel bei der Kommunalisierung der Leichenbestattung auf einen unverständlichen Widerstand. Die Mehrheit in diesem Hause besteht aber mit allem Nachdruck auf diesem Programm, und wir hoffen, dem Gemeinderat bald konkrete Vorschläge auf dem Gebiete der Kommunalisierung vorlegen zu können.

Bezüglich der Hafen- und Lagerhaus A.G. kann nur mitgeteilt werden, daß diese zu 100 % im Besitz der Gemeinde ist. Es könnte sich höchstens um eine Namensänderung oder Änderung der Betriebsführung handeln. Zu der Warnung, eine erhöhte Besteuerung der Arbeiter einzuführen, möchten wir betonen, daß nicht die Absicht besteht, eine solche durchzuführen. Bei der besprochenen Erhöhung des Straßenbahntarifes ist zum Beispiel die ^{Beibehaltung der} Arbeiter-Wochenkarte vorgesehen. Eine Erhöhung der Vergnügungssteuer der sogenannten Nobellokale ist in Aussicht genommen.

Zur Aufnahme einer Inlandsanleihe hätte die Bundesregierung, die aber in ihren diesbezüglichen Entschlüssen auch nicht völlig frei sei, wahrscheinlich ihre Zustimmung nicht erteilt. Ausserdem sei auch die Frage des Tilgungs- und Zinsendienstes zu berücksichtigen. Wenn ein wirklicher Notstand ehrlicher Gewerbetreibender vorliege, werde die Finanzverwaltung bei der Einhebung der Steuern entsprechendes Entgegenkommen zeigen.

Zu dem Einwand, in dem in Beratung stehenden Finanzausgleichsgesetz seien die Interessen der Gemeinden und Länder nicht genügend berücksichtigt, müsse der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, dass die Gemeinde durch neue Verhandlungen eine Besserstellung erreichen werde, zumal sich auch die Vertreter der Städte gegen Einzelheiten des Gesetzentwurfes ausgesprochen hätten.

Die Forderung, durch neue Wege der Gemeindeverwaltung, insbesondere durch eine Vermögensabgabe der Kriegsgewinnler neue Steuerquellen zu erschliessen, sei bekannt, doch stehe im gegebenen Fall auch hier dem Bunde ein Einspruchsrecht zu, das durch Verhandlungen vermieden werden solle. Den in der nationalsozialistischen Ära arisierten Grossgrundbesitz durch Sondersteuern heranzuziehen, sei im allgemeinen nicht möglich, da dieser Besitz den ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden müsse. Wo dies nicht der Fall sei, werde die Frage untersucht werden. Bei der Frage der Wiedergutmachtung handle es sich sowohl um eine Wiedergutmachtung aus dem Jahre 1934 als auch aus 1938. Die Gemeinde werde zweifellos alles unternehmen, um die Forderung nach Wiedergutmachtung des der Stadt durch das dritte Reich zugefügten Schadens in irgend einer Form durchzusetzen. Die Rechte der Gemeinde Wien müssten bei Erörterung des Wiedergutmachungsproblems in den Vordergrund gerückt werden. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, betreffend Aufnahme von Handelsbeziehungen mit der Sowjet-Union, sei durch den Bürgermeister der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht worden. Deren Aufgabe sei es nun, die Anregung in die Tat umzusetzen.

Abschliessend spricht der Berichterstatter die Hoffnung aus, der Voranschlag werde den Wünschen der gesamten Bevölkerung Rechnung tragen. (Allgemeiner lebhafter Beifall)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe II einschliesslich des zugehörigen Ansatzes des ausserordentlichen Voranschlages genehmigt.

Nächste Sitzung Freitag, 7. Juni, um 8 Uhr.